EURO

Uferlos haften

Die Regierung freut sich über das Urteil des Verfassungsgerichts zum Rettungsschirm ESM – und jubelt möglicherweise zu früh. Der Richterspruch könnte noch böse Überraschungen bieten.

Welcher Weg aus der Euro-Krise führt, ist für Angela Merkel seit langem klar. Ihr Kurs ist der richtige, findet die Kanzlerin. Am vergangenen Mittwoch, als das Bundesverfassungsgericht den ständigen europäischen Rettungsschirm ESM unter Auflagen genehmigte, fühlte sie sich wieder einmal bestätigt.

„Deutschland sendet heute ein starkes Signal nach Europa und darüber hinaus“, jubelte sie. Karlsruhe gebe „den Weg genau in dem Geiste frei, der uns und mich auch ganz persönlich immer geleitet hat“.

Die Kanzlerin war erleichtert, ganz Europa atmete auf. Die Währungsretter können weitermachen wie geplant, entsprechend drehten alle Zeichen auf Entspannung. Die Aktienkurse stiegen, und auch der Euro legte zu. Risikoaufschläge auf italienische und spanische Staatsanleihen sanken. Der Euro schien, wieder einmal, gerettet zu sein. Die Frage ist nur: Wie lange hält die Rettung diesmal?

Denn das Urteil könnte, weil es nur ein vorläufiges ist, für die Euro-Retter noch einige Überraschungen bieten. Der Rettungsschirm kann aufgespannt werden, doch manches bleibt unklar oder wird sich erst nach der Entscheidung in der Hauptsache klären. Vor allem aber lässt der Karlsruher Spruch jede Menge Spielraum, ihn unterschiedlich auszulegen.

Wie nach vielen Gerichtsentscheidungen meinten auch diesmal alle, recht bekommen zu haben. Merkel und ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) hoffen, mit ihrem Kurs der Euro-Sicherung in Etappen fortfahren zu können. Doch ausgerechnet die Schwesterpartei CSU fühlt sich durch den Karlsruher Spruch ermutigt, Merkel neue Fesseln anzulegen. Parteichef Horst Seehofer will das Karlsruher Verdikt nutzen, wonach deutsche Hilfen ohne die Zustimmung des Bundestags nicht gewährt werden dürfen. Und das sowieso nur bis zur Obergrenze von 190 Milliarden Euro.

Doch seit der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, angekündigt hat, unter Umständen unbegrenzt italienische oder spanische Staatsanleihen aufzukaufen, sorgt sich der bayerische Ministerpräsident, dass Deutschland möglicherweise uferlos haften muss. Bei einem Telefonat am vergangenen Montag fragte Seehofer Merkel, ob die neue EZB-Politik bedeute, dass ein Land unter dem Rettungsschirm unbegrenzt Hilfe bekommen könne. Merkel bestätigte Seehofers Befürchtung.

Der CSU-Chef bringt den Karlsruher Richterspruch nun gegen die EZB in Stellung. „Aus meiner Sicht sind 190 Milliarden Euro, die das Verfassungsgericht nennt, die Obergrenze für den gesamten deutschen Beitrag bei der Euro-Rettung“, sagt er. „Das beinhaltet auch die Summe, für die Deutschland aufgrund seines 27-prozentigen Anteils an der EZB bei Anleiheankäufen geradestehen muss. Die 190 Milliarden Euro gelten – inklusive EZB.“

Bayerns Finanzminister Markus Söder will sogar den Bundestag unter Kuratel stellen. Die Bundesbank „kann überwachen, wie Deutschland die Haftungsobergrenze einhält“, sagt Söder (siehe Interview).

Bei der Klausur der Landtagsfraktion diese Woche in Kloster Banz will der CSU-Chef seine Partei auf diese Linie einschwören. „Wer nach dem Urteil des Verfassungsgerichts glaubt, es könne ein Immer-mehr bei der Euro-Rettung geben, der täuscht sich“, wettert er. „Wir können den Menschen in Deutschland nicht nach innen Reformen wie die Rente mit 67 abverlangen und Nullrunden beim Lohn und uns dann für das Ausland unbegrenzt verschulden.“

Vor allem nimmt Seehofer nach ihrer Entscheidung, unbegrenzt Anleihen von Schuldenländern anzukaufen, die EZB ins Visier: „Die EZB hat sich mit diesem Beschluss auf die politische Ebene begeben und muss sich jetzt auch politischer Rückendeckung versichern.“ Im Frankfurter Eurotower blicken sie mit Sorge nach Bayern. EZB-Chef Draghi hat anfragen lassen, ob Seehofer Interesse an einem Treffen habe.

Das Karlsruher Urteil dürfte zudem Euro-Retter Schäuble fordern, in seiner Funktion als Haushaltsminister. Denn die noch ausstehende endgültige Entscheidung der Verfassungsrichter könnte seine Etatpläne über den Haufen werfen. Es geht dabei um die Frage, ob und wie die Bundesregierung die deutsche Garantiesumme für den ESM im Haushalt berücksichtigen muss. Bislang sollen 22 Milliarden Euro beim Rettungsschirm eingezahlt werden, darüber hinaus wird das Finanzministerium ermächtigt, für rund 168 Milliarden Euro Gewährleistungen zu übernehmen. Im Bundes-

haushalt taucht diese Summe aber nicht auf.

Heikel wird es, weil die Verfassungsrichter nun den Bundestag verpflichten, „im gebotenen Umfang sicherzustellen“, dass die 168 Milliarden Euro „jederzeit fristgerecht und vollständig eingezahlt werden können“. Hintergrund ist eine Vorschrift im ESM-Vertrag, nach der Deutschland seine Stimme für die Zeit verliert, in der es seine Zahlungspflichten verletzt. Die Frist, in der womöglich dreistellige Milliardensummen eingezahlt werden müssen, beträgt nur sieben Tage.

Das Gericht forderte wiederholt, „unter allen Umständen“ zu gewährleisten, dass der „Legitimationszusammenhang“ zwischen deutschem Parlament und ESM „nicht unterbrochen“ wird. Das könnte darauf hinauslaufen, dass die Bundesregierung diese 168 Milliarden Euro abrufbar halten und damit als sogenannte Verpflichtungsermächtigung in ihren Haushalt einstellen muss. Die Folge: Die gesamte Etatplanung geriete aus den Fugen.

Geklärt ist dagegen, wie die Karlsruher Forderung erfüllt werden soll, die deutsche Haftungsobergrenze von 190 Milliarden Euro völkerrechtlich verbindlich festzuschreiben. Schäuble stieß am vergangenen Freitag beim Treffen der 17 Finanzminister der Euro-Gruppe in der zyprischen Hauptstadt Nikosia auf überraschend viel Wohlwollen. Kaum hatte sein Staatssekretär erläutert, was die Richter fordern, sagte die österreichische Finanzministerin Maria Fekter: „Wir wollen auch so eine Erklärung.“ Der niederländische Finanzminister schloss sich an.

Schließlich einigten sich die Finanzminister darauf, dass bis Anfang Oktober eine Erklärung verabschiedet werden soll, die den Bedenken des deutschen Verfassungsgerichts Rechnung trägt, aber auch die Rechte der anderen Länder ausdrücklich festschreibt. „Es wird eine allgemeingültige Deklaration geben, die für alle Euro-Länder gilt“, sagt Fekter. Am 8. Oktober soll dann der ESM funktionsfähig sein.

„Es wird eine allgemeingültige Deklaration geben, die für sämtliche Euro-Länder gilt.“

Dann steht auch einem Hilfsprogramm des ESM für Spanien nichts mehr im Wege. Es gilt als Voraussetzung dafür, dass die EZB Schuldscheine des angeschlagenen Landes auf den Anleihemärkten kaufen darf. Doch auch hier droht Ungemach, nicht zuletzt für die Bundesregierung. Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy will sich zwar gern von EZB-Chef Draghi helfen lassen. Den üblichen Bedingungen eines ESM-Programms aber, das regelmäßige Kontrollen der Troika aus EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds vorsieht, will er sich nicht beugen.

Viele Abgeordnete der Berliner Regierungsparteien jedoch sind entschlossen, genau darauf zu bestehen. „Wir können Anträgen auf ESM-Hilfen nur zustimmen, wenn es ein voll gültiges Reformprogramm gibt, das von der Troika kontrolliert wird“, sagt Unionsfraktionsvize Michael Fuchs. Das sei der Auftrag des Verfassungsgerichts an die Parlamentarier.

Gleich nach dem Urteil warnten Unions-Abgeordnete Merkel und Schäuble davor, in Brüssel Programmen zuzustimmen, die nur abgeschwächte Bedingungen enthalten. So etwas werde im Bundestag keine Mehrheit finden.

Rebellische Abgeordnete, Krach mit der CSU, neue Risiken im Haushalt: Ein paar Hürden haben die Euro-Retter nach dem Karlsruher Urteil noch zu nehmen.

Dietmar Hipp, Peter Müller, Christoph Pauly, Christian Reiermann

„Alle wollen unser Geld“

Bayerns Finanzminister Markus Söder, CSU, über neue Aufgaben der Bundesbank bei der Euro-Rettung

SPIEGEL: Herr Söder, das Bundesverfassungsgericht hat bekräftigt, dass Deutschland mit höchstens 190 Milliarden Euro für den Rettungsschirm ESM haftet. Zufrieden?

Söder: Jetzt ist notariell beglaubigt, wie hoch die deutsche Haftung ist. Ich befürchte aber, dass Spanien, Italien oder gar Griechenland ihren Anteil am ESM nicht leisten können. Dann steigt wieder der Druck auf Deutschland, das fehlende Geld nachzuschießen. Die entscheidende Frage ist daher, wie die deutsche Haftungsobergrenze überwacht wird.

SPIEGEL: Welchen Vorschlag haben Sie?

Söder: Wir brauchen eine weitere Kontrollinstanz. Das ist eine neue Aufgabe für die Bundesbank. Sie kann überwachen, wie Deutschland die Haftungsobergrenze einhält und ob sich mögliche neue Verpflichtungen im Rahmen des ESM-Vertrags oder über die EZB ergeben.

SPIEGEL: Das heißt, dass eine Behörde wie die Bundesbank Beschlüsse des Bundestags kippen kann.

JOERG KOCH / DAPD

CSU-Politiker Söder: *„Der Reformwille erlahmt“*

Söder: Zumindest könnte die Bundesbank auf ihre Bedenken hinweisen. Mir geht es darum, dass wir bei den schwierigen Auslegungsfragen der Verträge eine unabhängige Kontrollinstanz haben. Die Menschen vertrauen der Bundesbank. Diese darf im EZB-Rat nicht wieder überstimmt werden. Sie könnte auf diesem Weg eine weitere Möglichkeit bekommen, die Geldwertstabilität zu sichern.

SPIEGEL: Die Karlsruher Richter machen Vorbehalte gegen den angekündigten Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB geltend. Was folgt daraus?

Söder: Wir müssen aufpassen, dass wir in Europa nicht ständig überstimmt werden. Nachdem die Krisenländer mit ihrer Forderung nach Euro-Bonds gescheitert sind, versuchen sie jetzt, auf anderem Wege eine gemeinsame Haftung durchzusetzen. Der Reformwille erlahmt.

SPIEGEL: Deutschland hat im EZB-Rat aber nur eine Stimme und kann die Entscheidungen kaum beeinflussen.

Söder: Die EZB wandelt sich zu einer europäischen Superbehörde. Mit ihrer Ankündigung, unbegrenzt Staatsanleihen zu kaufen, zeigt sie, dass sie nicht mehr nur eine Notenbank sein will, sondern auch ein Finanzier von Krisenstaaten. Sie ähnelt damit dem Internationalen Währungsfonds, dem IWF. Dann sollten aber auch dieselben Regeln gelten. Anders als bei der EZB ist das Stimmengewicht der Mitglieder im IWF aus gutem Grund nach der Höhe der Einlage verteilt. So muss es auch bei der EZB werden.

Interview: Sven Böll, Peter Müller